

Haushaltsplanberatungen 2012

Rede des Fraktionsvorsitzenden zur Haushaltsverabschiedung Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Ratskolleginnen und –kollegen, verehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

100 Milliarden Euro, 211 Milliarden €, 500 Milliarden oder doch eine Billion? ESF, ESM, unbegrenzte Anleiheaufkäufe durch die EZB.. Gerade ein weiteres 130-Mia-Rettungspaket für Griechenland verabschiedet, steht schon in der Samstagszeitung: „Finanzminister Schäuble schließt ein weiteres Milliarden-Paket nicht aus“..

Angesichts solcher Summen, vor allem aber der erhöhten Taktfrequenz der Verausgabung **drohen jegliche Maßstäbe verloren zu gehen.**

Was ist schon Geld??..

Es geht aber nicht nur das Gefühl für den Wert des Geldes verloren...

Es wird auch immer mehr eine Frage der Moral!

Griechenland:

Ein Leben auf Pump.

Rente mit 58, unverheiratete Töchter bekommen sie noch 20 Jahre weiter.

Blindengeld für Sehende, Rente für ungezählte Überhundertjährige,

und wenn die Rechnung präsentiert wird, heißt es dort: zahlen wir nicht! Gebt uns neues Geld!

Bereitschaft zu besserer Steuerkontrolle der dort lebenden ungezählten Reichen: Fehl-anzeige

Da fragt sich nicht nur in Ennigerloh, sondern in ganz Deutschland der kleine Mann: Bin ich der einzige Dumme? Ist der Sparsame der Dumme?

Dieser inflationäre Umgang mit Geld, das die meisten von uns hart erarbeiten müssen, aber auch das inkonsequente und folgenlose Verhalten unserer deutschen politischen, insbesondere aber der europäischen Führungsebene gegenüber Betrügerstaaten wie Griechenland wird in den Köpfen unserer Bürger vieles zerstören, insbesondere aber die Bereitschaft zu eigenem Sparwillen und Solidarität!

Ist der Sparsame der Dumme?

**Eine Frage, die sich auch viele Kommunen im ländlichen Raum stellen müssen.
In NRW offenbar ja!**

Insbesondere durch besseres und sparsameres Wirtschaften haben die Kommunen des ländlichen Raums weniger Schulden als die Großstadtregionen.

Landesdurchschnitt NRW	rund 3.200 € pro Kopf
------------------------	-----------------------

Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf	rund 1.500 € pro Kopf
---	-----------------------

Und dass, obwohl der Großstadtbürger seit je über bessere Infrastruktur und höhere Pro-Kopfzuweisungen des Landes verfügt.

Der Weg der rot-grünen Landesregierung, kommunale Verteilungsmasse anhand einer einseitigen Erhöhung des Sozillastenansatzes und des sog. „Stärkungspakts Stadtfinanzen“ aus dem ländlichen Raum abzuziehen, ist der falsche Weg, setzt vollkommen falsche Anreize – nämlich gegen das Sparen – und macht zusätzlich gesunde Kommunen krank, ohne die kranken zu gesunden!!

Alleine unsere Stadt kostet **die Anhebung des Sozillastenschlüssels** in 2011 rund 600.000 €, in 2012 rund **1,1 Mio €**... und das dauerhaft für die Zukunft, Jahr für Jahr...

Den Kreis kostet es insgesamt rund 7 Mio in 2011, 12 Mio in 2012, das Münsterland zw. 50 – 60 Mio Euro alleine 2011.

Während die erste Stufe des **Stärkungspakts Stadtfinanzen** mit 350 Mio € durch das Land kreditfinanziert wird, sollen ab 2013 aus der zweiten Stufe im Volumen von weiteren 310 Mio € 115 Mio € aus dem Topf der allgemeinen Schlüsselzuweisungen umgelenkt werden. Das bedeutet für den Kreis Warendorf wieder 3,6 Mio € weniger! Ennigerloh wird daran beteiligt!

Und auch die dritte Stufe, die Einführung einer sog. Abundanzumlage für die Städte, die aufgrund ihrer eigenen Steuereinnahmen keine Schlüsselzuweisungen vom Land mehr bekommen, ist nur ausgesetzt, aber nicht aufgehoben!

Kommt sie 2014, würde nicht nur unseren finanzstärkeren Kreiskommunen direkt Geld weggenommen, sondern aufgrund der dann eintretenden Schwächung der Finanzkraft im Kreis müsste die Kreisumlage um rund 650.000 € steigen.

Und wieder würde natürlich auch Ennigerloh daran beteiligt werden!!

Damit hat das Land bereits in 2012 dem Kreis Warendorf mit seinen Kommunen mehr Geld weggenommen, als der Kreis durch die Entlastung auf Bundesebene durch die volle Übernahme der Grundsicherung in 2014 geben wird.

So kann Gemeindefinanzierung nicht funktionieren!!

Wir bedauern es daher sehr, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie sich Mitte letzten Jahres nicht entschließen konnten, unseren **Antrag auf Klage gegen diese Art der Gemeindefinanzierung, gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011**, mitzuge-

hen. Viele Städte und Gemeinden im Münsterland, auch im Kreis Warendorf, haben sich der Klage nämlich angeschlossen.

Dass es auch anders geht, beweist die **Kreispolitik**.

Trotz gestiegener Steuerkraft aller Kommunen **entlastet** der Kreis den kreisangehörigen Raum in diesem Jahr um 5 Mio €.

Zum Vergleich: der Kreis Soest verlangt 11 Mio € mehr von seinen Kommunen.

Langfristig können ausgeglichene Gemeindefinanzen nur erreicht werden, wenn die Aufgabenverschiebung auf die kommunale Ebene endet oder eben im Rahmen der Konnexität spitz abgerechnet wird,
der Bund grundlegende Entlastung schafft,
das Land – wie es derzeit einseitig geschieht – diese Entlastung nicht wieder einkassiert
und alle, nicht nur die ländlichen Kommunen, ihre eigenen Hausaufgaben erledigen!

Diese Hausaufgaben hier vor Ort zu erledigen, sieht die CDU-Fraktion als ihre ständige Aufgabe an.

Das betrifft den Kernhaushalt, aber auch die Gebührenhaushalte und Nebenbereiche.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns auch gegen DIESE Form des **ISEK**, des integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts ausgesprochen.

Nach unserer Auffassung sollte sich angesichts unserer städtischen Finanzlage ein ISEK nur auf die Maßnahmen beschränken, die zwangsläufig auf die Stadt zukommen. Allein Wünschenswertes können und sollten wir uns nicht mehr leisten.

Wie zum Beispiel millionenteure Umgestaltungen im Bereich Clemens-August, Graben- und Liebfrauenstraße oder 6-stellige Kosten für Steuerungskreisbegleitungen, die nach unserer Auffassung ohne weiteres durch die Fachkompetenz der Verwaltung und den Fachausschuss geleistet werden könnte.

Selbst 70 % öffentliche Fördermittel sind 70%, die unsere Bürger auf anderem Steuerwege bezahlen müssen.

Auch ständige Kostenausweitungen, überplanmäßige Ausgaben und Weihnachtsüberraschungen wie beim Sportheim Westkirchen muss die Verwaltung bald in den Griff bekommen.

Westkirchen..., bei gut 200.000 € gestartet, liegen wir jetzt bei 400.000 €...

Die Bürger draußen fragen sich zurecht, wie kann das sein???

Wie wünschen hier ganz klar, dass etwaige Vergabe- oder Organisationsmängel zeitnah abgestellt werden und insgesamt zukünftig bei allen vom Rat bewilligten Maßnahmen eine stärkere Orientierung am vorgegebenen Finanzrahmen erfolgt.

Auch einer **stetigen Ausweitung von Veranstaltungskosten** – siehe u.a. Stadtfest - können wir im Grundsatz nicht folgen. Veranstaltungen sollten sich in der Regel selbst tragen oder Stadtmarketing sollte, wie in der Vergangenheit ja auch, Beteiligungs-

der Sponsorenformen finden, mit dem Ziel, Kostenneutralität wenigstens anzustreben. Dazu zählt auch die aktive Einbeziehung der ewi. Die einhellige Auffassung im letzten Hauptausschuss, diesen Komplex im Herbst einer näheren Betrachtung zu unterziehen, können wir nur begrüßen.

In der „**Arbeitsgruppe Haushaltssicherung**“ untersuchen wir kollegial und kritisch mit Ihnen, verehrte Kollegen Fraktionsvorsitzende, mögliche Einsparpotentiale der Verwaltungsstruktur. Wir wünschen hier eine zügige Umsetzung festgestellter Verbesserungen.

In diesen Bereich fällt auch **die weitere Verwaltungsführungsebene**, die die Mehrheit des Rates und Sie, Herr Bürgermeister, seit Herbst letzten Jahres einführen wollen. Die CDU-Fraktion hat von Beginn an erklärt, dass sie bei einer so kleinen und überschaubaren Verwaltung wie hier eine weitere Dezernentenebene für **überflüssig** hält und es zu einer weiteren Aufblähung der Personalkosten kommen würde. Und dass bei rückläufiger Einwohnerzahl. Wir begrüßen es daher, dass diese Überlegung nach einem ersten Bewerberverfahren vorerst sehr einvernehmlich auf Eis gelegt worden ist.

Aus der **Grundstücksentwicklungsgesellschaft Ennigerloh Süd-Ost** ist die Stadt ja mit einem blauen Auge herausgekommen, wenngleich es uns ärgert, dass der Rat erst nach Veräußerung der Anteile über die Bilanzinhalte 2008, 2009 und 2010 informiert wurde, obwohl wir mehrfach nachfragten! Verluste: 2008: 3,3 Mio € 2009: 200.000 € 2010: 1,3 Mio € !!!! So etwas darf nicht wieder vorkommen!!

Beim Thema **Dichtheitsprüfung** können wir nur hoffen, dass die Landesregierung angesichts der Massenproteste gegen die Sinnhaftigkeit der ursprünglichen Gesetzesfassung endlich eine sachgerechte Lösung präsentiert und unsere Bürger nicht unnütz mit zum Teil **hohen Kosten** überzieht. Wenn andere Bundesländer solche Regelungen nicht anwenden, muss das einen Grund haben. Wir haben dieses Thema in unserem Antrag von Februar 2011 entsprechend bewegt und werden es im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger aktiv weiter begleiten.

Eine strikte Kostenkontrolle ist das eine. Das mutige Aufgreifen wichtiger Infrastrukturaufgaben im Interesse dieser Stadt das andere.

Denn wenn wir dem Trend rückläufiger Bevölkerungsentwicklung begegnen wollen, können und müssen wir dies jetzt tun, nicht erst, wenn der Zug bei uns abgefahren ist.

Dazu zählen die Maßnahmen, die Gewerbe und Arbeitsplätze hier halten und die Schaffung von Rahmenbedingungen, die heute für die junge Generation als unerlässliche Grundvoraussetzungen für ein Verbleiben auf dem Land verlangt werden.

Dazu zählt u.a. neben der Schaffung von ausreichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten für junge Familien, einem Thema, dem wir alle hier im Ratssaal uns in den letzten Jahren intensiv gewidmet haben,

insbesondere das Vorhandensein ausreichender Datenkommunikationswege.

Endlich endlich, Herr Bürgermeister, geht es auch in Ostentfelde voran, dem Ortsteil, wo die Esel die Daten bislang schneller transportieren als das Internet.

Wenn es nach der CDU gegangen wäre, hätten die notwendigen Maßnahmen bereits ein Jahr eher beginnen können. Wir hatten in vielfältigen Anträgen darauf hingewiesen. Jetzt hoffen und wünschen wir, dass der eingeleitete Prozess zügig umgesetzt wird, auch Ostentfelde bald über **schnelles Internet** verfügt und die Esel im Stall bleiben können.

Zusätzlich sollte keine Unternehmen aus Ennigerloh mangels ausreichender Netzgeschwindigkeit abwandern müssen. Zielgerichtete Fördermittel sind über die Bezirksregierung vorhanden.

Im Interesse der zunehmend vernetzten Landwirtschaft sollte die Ennigerloher Wirtschaftsförderung auch den aktiven Kontakt zum Ausbau des LTE-Funknetzes im Ennigerloher Stadtgebiet mit den Telekommunikationsdienstleistern suchen.

Liebe Ratskolleginnen und Kollegen,

über ein Votum im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2012 freuen wir uns besonders.

Das jetzt endlich, nach den heftigen Auseinandersetzungen im letzten Jahr, eine klare Aussage zum **Bau des Ostrings** eine deutliche Ratsmehrheit gefunden hat.

Wir wollen nur hoffen, dass wir jetzt auch die zurückgeflossenen Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz reaktivieren können und wollen dafür all unseren politischen Einfluss geltend machen.

Sicher kostet eine solche Straße Geld.

Aber es ist gut angelegtes Geld, ertragbringendes Geld. Denn diese Straße sichert der Stadt ein Stück Zukunft.

Es wird zwar nicht konkret in Heller und Pfennig meßbar sein, aber allein das Halten oder das Ansiedeln eines mittleren Betriebes trägt die Kosten durch Gewerbesteueraufkommen, Einkommensteueranteil der Beschäftigten und den örtlichen Kaufkraftersatz.

Schnelle Straßenanbindungen ans überregionale Fernstraßennetz sind neben weiteren Faktoren für viele Unternehmen mit ansiedlungsbestimmend.

Dazu erhalten wir den erhofften Entlastungseffekt für die innerörtlichen Lagen von Ennigerloh und Ostentfelde.

Das wir uns in diesem Zusammenhang für einen verkehrsverträglicheren Um- und Ausbau der **L792** an den notwendigen Stellen einsetzen, ist selbstverständlich.

Ebenso, wie die **B475n** mit allen notwendigen Maßnahmen weiter begleitet werden muss.

Die Aufnahme dieser und weiterer wirtschaftsfördernder Maßnahmen bei Formulierung des Stadtleitbildes war der CDU-Fraktion besonders wichtig.

Die Schullandschaft in Ennigerloh wandelt sich.

Als Antrag auf Gemeinschaft-, also Einheits-, schule gestartet, wird jetzt bei Auslaufen der Haupt- und Realschule eine Gesamtschule entstehen.

Nicht unumstritten, denn ein Teil auch der Eltern hat die berufsbezogene Vernetzung der Anne-Frank-Schule zu den örtlichen Unternehmen zugunsten späterer Ausbildungsplätze ihrer Kinder sehr geschätzt. Ein Teil der Realschulelternschaft hat Angst vor fehlender oder ausreichender Differenzierung.

Für die CDU-Fraktion wichtig ist neben einem ausreichenden Schulangebot vor Ort insbesondere die Qualität der Schulausbildung und die Möglichkeit, den Kindern ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Auswahlmöglichkeiten gerade in einer Oberstufe zur Verfügung stellen zu können.

Denn der Entwicklungs- und Exportstandort Deutschland sowie die hiesigen Unternehmen verlangen gut ausgebildete junge Menschen.

Aus diesem Grund muss die Qualität der Schulausbildung über allem stehen, denn allein sie bildet die Grundlage für ein späteres berufliches Fortkommen.

Die CDU-Fraktion hat sich mit ihren diesbezüglichen Vorstellungen in die Diskussion eingebracht und wir hätten uns zu Beginn des Prozesses eine – wie von uns vorgeschlagen – systemoffenere Elternbefragung gewünscht, um alle Möglichkeiten des Schulsystems auszuloten.

Gleichwohl ist die Elternbefragung eindeutig gewesen und die CDU-Fraktion wird sich intensiv einbringen, die neue Schule auf ihrem Weg zu einer qualitativ hochwertigen Bildungsanstalt für unsere Schüler zu begleiten. Wir wünschen uns in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass die sehr guten Beziehungen und Vernetzungen unserer Ennigerloher Unternehmen mit der Anne-Frank-Schule auch und nahtlos Eingang finden in die neue Gesamtschule mit zum Teil neuer Lehrerschaft. Eine Aufgabe, auf die das städtische Schulamt ein Augenmerk haben sollte.

Meine Damen und Herren,

ohne den **Bereich Ehrenamt** geht mittlerweile vieles nicht mehr in Ennigerloh.

Ob bei der freiwilligen Feuerwehr, den vielen mehr oder weniger im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehenden Vereinen oder dem Bau von Radwegen, wie in jüngster Zeit von Enniger zum Buddenbaum oder an der K8.

Wir schaffen dafür gerne die Rahmenbedingungen und unterstützen administrativ, Hand anlegen oder tätig werden dann aber viele, deren Namen sich oft nicht wiederfinden in regelmäßigen Presseverlautbarungen.

Mit unserem **Antrag auf Einführung der Ehrenamtskarte** wollten wir den besonders engagierten ehrenamtlich Tätigen ein Stück Anerkennung und weiteren Motivationsgeist aussprechen. Wir hoffen, die Karte wird gerne angenommen und genutzt werden.

Mit diesen Ausführungen will ich es bewenden lassen, manches hätte noch gesagt werden können.

Die CDU- Fraktion hat zwar wegen der Kostenansätze zum ISEK weiterhin starke Bedenken, wird jedoch dem Haushalt mit der Beinhaltung des wichtigen Zukunftsprojekts Ostring zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit..

Insbesondere den Damen und Herren der Kämmerei gilt unser Dank...

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geben Sie bitte den Dank auch an Herrn Wildemann weiter, der jetzt seinen wohlverdienten Ruhestand genießt..

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Guido Gutsche